

STREIT&STRUNTZ

RAUM FÜR DENKANSTÖSSE ZU KOMMUNALEN KONFLIKTEN

AUSGABE NR. 25, NOVEMBER 2022

Zwischen nationaler Planung, kommunalen Interessen und lokalem Protest: Die schwierige Rolle von Kommunen beim Stromnetzausbau vor Ort

Liebe*r Leser*in von Streit&Struntz,

der Stromnetzausbau und weitere Maßnahmen im Rahmen der Energiewende lösen immer wieder lokale Konflikte aus. Die besondere Rolle von Städte und Gemeinden als Schlüsselakteure in diesen Prozessen hat das Forschungsteam des Projekts "Dialogbrücken – Stromnetzausbau vor Ort: Die Rolle von Kommunen als Dialogbrücken zwischen nationaler Planung und lokalem Protest" des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU) und der Ruhr-Universität Bochum – Centrum für Umweltmanagement, Ressourcen und Energie (CURE) untersucht. In dieser Ausgabe von Streit&Struntz gibt Dr. Stephanie Bock einen Einblick in die Ergebnisse ihrer Forschung:

Aktueller denn je – das Projekt Energiewende hat in den letzten Monaten deutlich an Schwung aufgenommen. Dabei bleibt die Energiewende für die meisten Menschen eher abstrakt. Zwar kann dem politischen und oft unbestimmten Ziel, so die Ergebnisse von Umfragen, die Mehrheit der Bevölkerung zustimmen.[1] Je konkreter die Umsetzung und umso größer die Betroffenheit durch einzelne Maßnahmen werden, desto kritischer wird jedoch die Haltung. Dies trifft auch auf Städte, Gemeinden und Landkreise zu.

Das Gelingen der Energiewende hängt maßgeblich vom Ausbau des Übertragungsstromnetzes ab, mit dem der durch Wind erzeugte Strom aus

Norddeutschland in die Regionen Süddeutschlands transportieren werden soll. Diese „Stromautobahnen“ sind folgenreich für die vom Trassenaus- und Neubau betroffenen Städte, Gemeinden und Landkreise. Die Trassenprojekte greifen unmittelbar in kommunale Räume ein – sei es durch direkte Veränderungen von Natur und Landschaft, sei es als zukünftige Begrenzung der Siedlungsentwicklung oder als potentielles Risiko für Anwohner*innen, die negative ökonomische oder gesundheitliche Auswirkungen befürchten. Häufig kommt es deshalb vor Ort zu Protesten und Widerstand, die den Ausbau des Übertragungsnetzes verzögern oder gar verhindern. Beinahe jede vom Netzausbau

[1] Setton, Daniela; Matuschke, Ira; Renn, Otwin (2017): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2017: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.

betroffene Stadt und Gemeinde schaut mit Sorge auf die Folgen der konkreten Umsetzung und hofft nicht selten, dass der Kelch an ihr vorübergehen möge, auch wenn zwei Drittel der betroffenen Kommunen dem Netzausbau grundsätzlich positiv gegenüberstehen.[2]

Unabhängig von ihrer Haltung zum Trassenausbau schätzen Kommunen die Bedeutung von Städten, Gemeinden und Landkreisen für das Gelingen des Netzausbaus als hoch ein und über die Hälfte unterstützt aktiv die Kommunikation und die Öffentlichkeitsbeteiligung vor Ort. Viele Städte und Gemeinden geraten dabei in eine komplizierte Situation und müssen sich mit widersprüchlichen Anforderungen auseinandersetzen. Es geht um ihren Beitrag zu einer nationalen Planung, um die Berücksichtigung kommunaler Interessen und um den Umgang mit Protesten vor Ort. Eine erfolgreiche Energiewende wird deshalb maßgeblich davon abhängen, wie Kommunen in den Übertragungsnetzausbau eingebunden werden und inwieweit Städte und Gemeinden als Dialogbrücken vor Ort wirken können, um tragfähige Lösungen zwischen nationaler Planung und lokalen Bedarfen auszutarieren.

Kleine Städte und Gemeinden vor besonders großen Herausforderungen

Betroffen vom Übertragungsnetzausbau sind vor allem kleine Städte und Gemeinden in ländlicheren Regionen: Über die Hälfte der rund 1.700 betroffenen Städte und Gemeinden haben weniger als 5.000, mehr als zwei Drittel weniger als 10.000 Einwohner*innen. Den zumeist sehr kleinen

Verwaltungen und ehrenamtlichen Bürgermeister*innen fehlen häufig die notwendigen Ressourcen und Qualifikationen, um die komplexen Planungsprozesse fachlich tiefergehend zu begleiten, sich aktiv in die Öffentlichkeitsbeteiligung einzubringen und diese durch eigene Aktivitäten zu unterstützen. So unterscheidet sich beispielsweise der Zeitpunkt, an dem Kommunen die eigene Betroffenheit erstmalig wahrnehmen deutlich in Abhängigkeit von der Gemeindegröße.

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten...

... gibt einmal im Monat einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum: An jedem ersten Freitag im Monat mit einem schriftlichen Impuls und an einem der folgenden Montage (16-17 Uhr) in einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

Während die Landkreise und viele der größeren Städte bereits im Zuge des Netzentwicklungsplans (NEP) und damit sehr frühzeitig informiert sind, nimmt ein Fünftel der betroffenen Städte und Gemeinden – mehrheitlich Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohner*innen – die eigene Betroffenheit erst im Rahmen der Planfeststellung und damit zu einem Zeitpunkt wahr, an dem wichtige

[2] In einem zweijährigen vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten Forschungsvorhaben befassten sich das Deutsche Institut für Urbanistik und die Ruhr-Universität Bochum mit diesem bislang „blinden Fleck“: den Aufgaben und Rollen von Kommunen im Rahmen des Ausbaus von Höchstspannungsleitungen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist 2023 geplant (vgl. <https://difu.de/projekte/stromnetzausbau-vor-ort>)

Eckpunkte bereits entschieden sind. Dieses „Partizipationsparadoxon“ ist auch in der Bürger*innenbeteiligung eine bisher nicht gelöste Herausforderung.[3]

So kommt es, dass sich die Mehrzahl der betroffenen Kommunen überfordert fühlt, ihre Interessen in den komplexen Prozess frühzeitig einzubringen. Zudem werden diese kleinen Gemeinden von den vorhandenen Formen der Beteiligung nur unzureichend und meist zu spät erreicht. Dann können sie Planungsspielräume nicht mehr nutzen, keine Alternativen einbringen und es entstehen Konflikte, die vermeidbar gewesen wären.

Kommunikation und Beteiligung – frühzeitiger, transparenter und konsequenter

Grundsätzlich sind zwei Drittel der Städte, Gemeinden und Landkreise mit den angebotenen Informationen zu den Trassenvorhaben mehr oder etwas weniger zufrieden. Ein Drittel sieht jedoch deutliche Defizite. Informationen werden entweder zu spät angeboten oder – eher wahrscheinlich – zu spät wahrgenommen, da die Kommunen unzureichend und zu spät adressiert werden. Eine wichtige und entsprechend gewürdigte Rolle nehmen aus der Perspektive der Kommunen die Übertragungsnetzbetreiber ein. Mit ihren Informationsformaten ist die Mehrheit zufrieden und ihre Angebote werden geschätzt. Zurückhaltender bewertet wird die Informationsvermittlung der Landkreise. Land und Bund werden in ihrer Vorhabenkommunikation von den Städten und Gemeinden kaum oder gar nicht

wahrgenommen. Hier zeichnen sich deutliche Verbesserungsbedarfe hinsichtlich der Einbindung vor allem kleinerer Städte und Gemeinden ab.

Mehr Mitspracherecht der betroffenen Gemeinden bei der Festlegung der Trassenkorridore, eine engere Einbindung der Kommunen in den gesamten Prozess, eine verbesserte Verknüpfung informeller und formeller Beteiligung sowie ein insgesamt ernsthafterer und transparenterer Umgang mit kommunalen Belangen – so lassen sich die meist genannten Vorschläge zum Planungs- und Genehmigungsprozess zusammenfassen. Vor allem die Rückkopplung kommunaler Einwände sowie deren Umsetzung im Zuge der weiteren Planung werden als unzureichend bewertet. In der Folge nehmen sich Städte und Gemeinden eher als Akteure zweiter Klasse wahr, deren Interessen nachgeordnet behandelt werden und von geringerer Relevanz erscheinen.

Städte und Gemeinden als Dialogbrücken?! Städte und Gemeinden vertreten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung in erster Linie lokale Interessen. Sofern es ihre Ressourcen und Qualifikationen zulassen und sie den Ausbauprozess transparent und fair erleben, agieren sie darüber hinaus konstruktiv und dialogorientiert und unterstützen die Informationsvermittlung in Richtung der Bevölkerung. Hierin könnte eine wichtige Ressource für die Kommunikation und damit auch Akzeptanz des Netzausbaus liegen. Strategien zur Lösung von

[3] Mit dem Partizipationsparadoxon wird der Widerspruch bezeichnet, dass auf der einen Seite das Interesse an Beteiligung mit der zunehmenden Konkretisierung eines Vorhabens wächst, auf der anderen Seite aber die Gestaltungsmöglichkeiten kleiner werden, siehe u.a. Reinert, A. (2003): Bürger(innen)beteiligung als Teil der lokalen Demokratie. In: Ley, A.; Weitz, L. (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn, 33-40. = Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen 30

Konflikten, die mit der Trassenplanung einhergehen, können nur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden entwickelt und umgesetzt werden können. Sind sie es doch, die als Mittlerinnen der oft kontroversen Interessen vor Ort auftreten und Kompromisse suchen. Dies zeigt sich vor allem auch daran, dass die Mehrheit schlichtend auf vorhandene Proteste einwirkt und eine konstruktive Zusammenarbeit mit lokalen Bürgerinitiativen angestrebt wird. Durch die Werbung für und die Entkräftung der Argumente gegen die Trassenplanung übernehmen vor allem Bürgermeister*innen eine wichtige Rolle als Vermittler*innen.

Was folgt daraus?

Stromnetzausbau kann nur als Gemeinschaftswerk gelingen, wenn nicht Widerstände vor Ort die Umsetzung verzögern sollen. Deshalb sollen Städte, Gemeinden und Landkreise stärker in die Planung und Umsetzung einbezogen werden. Insbesondere die kleineren betroffenen Gemeinden sollten von Beginn der Planung an noch stärker in ein Netz der Kommunikation

eingebunden werden. Um ihre Betroffenheit zu erkennen, muss ihnen immer wieder aufgezeigt werden, wie der Stand der Planung, der Grad ihrer Betroffenheit und die Möglichkeiten der Einflussnahme in unterschiedlichen Phasen sind. Solange die notwendigen Voraussetzungen, die die Kommunen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung stärken könnten, kaum vorhanden sind, können diese jedoch ihre Rolle als Dialogbrücken nur unzureichend erfüllen. Dabei muss auch die Verteilung unterschiedlicher Lasten zur Sprache kommen und darüber nachgedacht werden, wie die Mehrfachbelastung durch Infrastrukturvorhaben in bestimmten Regionen ausgeglichen werden kann. Nur wenn der Ausbauprozess als fair und nachvollziehbar empfunden wird, erfährt er auch von mehrfachbetroffenen Kommunen Unterstützung. Dies kann und sollte nicht allein Aufgabe der Vorhabenträgerin sein, sondern muss mit Expertise von Seiten des Bundes, des Landes und der Kreise flankiert werden.

*Mit diesem Impulstext sowie der zugehörigen Online-Diskussion am **Montag, den 21. November von 16-17 Uhr**, möchten wir gerne mit Ihnen und Euch darüber ins Gespräch kommen, welche Chancen und Herausforderungen in den Konflikten liegen, mit denen sich Kommunen im Rahmen der Energiewende konfrontiert sehen. Im Anschluss an einen kurzen Impulsvortrag von **Dr. Stephanie Bock (Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU))**, wird **Dr. Johannes Blatt, (freiberuflicher Konfliktberater für das K3B)** seine Gedanken zur Thematik sowie eigene Erfahrungen teilen, bevor dann die gemeinsame Diskussion eröffnet wird.*

Wir laden Sie ganz herzlich ein, eigene Fragen zu stellen, zu kommentieren und mitzudiskutieren.

Das Online-Gespräch wird via Zoom stattfinden. Bitte melden Sie sich mit einem Klick auf den Button im Newsletter oder per E-Mail zum Online-Gespräch an: streitundstruntz.konfliktberatung@vfb-saw.de (Lena Heuer). Die Zugangsdaten zur Zoom-Veranstaltung werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das K3B - Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

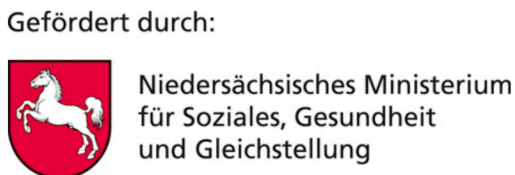
... bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.
 Weitere Informationen: www.k3b-saw.de



Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ oder "K3B" an.

Spendenkonto:
 Verein zur Förderung der Bildung – VfB Salzwedel e.V.
 IBAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19
 BIC NOLADE21SAW
 Sparkasse Altmark West
 Spenden sind steuerlich absetzbar. Um eine Spendenquittung zu erhalten, geben Sie bitte Ihre Anschrift an.

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

